

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der Grünen Alternative Margareten und Neos Margareten stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretungen für die Bezirksvertretungssitzung am **15. September 2026** folgenden

## Antrag

### Hitze- und Klimaschutz im Gemeindebau

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht zu prüfen, wie folgende Hitzeschutzmaßnahmen in den Gemeindebauten Margareten technisch umgesetzt und für die Mieter:innen leistbar realisiert werden können:

- thermische Sanierung unter besonderer Berücksichtigung des sommerlichen Hitzeschutzes
- außenliegender Sonnenschutz
- Fassaden-, Dach- und Innenhofbegrünungen
- Anschlussmöglichkeiten an das Fernkältenetz bzw. andere klimafreundliche Kühlmöglichkeiten
- Entsiegelungen und Begrünungen von Freiflächen, Begrenzungsmauern und Müllplätzen

### Begründung

Wir erleben gerade den heißesten Sommer der Messgeschichte. Hitze ist vor allem im dicht bebauten Margareten ein enormes Problem. Für viele Menschen ist die Situation in ihren Wohnungen mittlerweile kaum noch erträglich. Viele Gemeindebauten wurden zuletzt in den 1990er-Jahren saniert. Damals spielte der Schutz vor sommerlicher Überhitzung keine Rolle. Auch bei heutigen Sanierungen steht häufig die Wärmedämmung im Fokus, während Maßnahmen gegen die zunehmende Hitze im Sommer noch nicht ausreichend berücksichtigt werden.

Mittlerweile leiden viele Mieter an heißen Tagen unter Raumtemperaturen von über 30 Grad. In manchen Wohnungen ist nicht einmal Querlüften möglich, weil sämtliche Fenster auf dieselbe Gebäudeseite ausgerichtet sind. Besonders betroffen sind Menschen mit geringem Einkommen: Sie können sich die Anschaffung und den laufenden Betrieb von Klimageräten oftmals nicht leisten. Umso wichtiger ist es, Lösungen zu entwickeln, die Hitzeschutz unabhängig vom Einkommen der Bewohner ermöglichen.

Büro des Bezirksvorstehers für den 5. Bezirk

02. SEP. 2026

Zahl: 223-26-2  
Beilage:

5

Die Gemeindebauten müssen daher schrittweise an die Folgen der Klimakrise angepasst werden. Leistbarer Hitzeschutz muss dabei zu einer zentralen Aufgabe der kommunalen Wohnpolitik werden.



---

**BRin Petra Tierscherl**



---

**BRin Julia Fritz**

---

**BRin Sarah Mayer**